Integrationsbericht 2006
der Stadt Wuppertal

Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Ressort
Zuwanderung und Integration

Inhalt: (in Klammern die Seitenzahlen)

Vorwort (3)

A Das Jahr 2006 (4)

A 1 Bildung und Sprache (4)
- Sprachförderung und Interkulturelles Lernen im Elementarbereich (4)
- Projekt „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ in der Sekundarstufe I u. II (4)
- START Stipendienprogramm (5)
- Fortbildungen und Veranstaltungen im Bildungsbereich/Sprachförderung (5)
- Sprachkursangebote in und durch Migrantenselbstorganisationen (MSOs) (6)

A 2 Ausbildung und Beruf (7)
- Ausbau der Sprachkursberatung durch Vereinbarung mit der ARGE (7)

A 3 Integration von Neuzuwandernden und Beratung von Migrantinnen und Migranten (8)
- Umsetzung des Integrationsgesetzes (8)
- Patenmodel für russischsprachige Jugendliche (8)
- Integrationsportal als Informationsbörse (9)

A 4 Zusammenleben im Stadtteil (10)
- Integrationsportal in den Stadtteilen (10)
- Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen (10)
- Erster Wuppertaler Integrationstag (11)
- Bewohnertreff Sternenberg (11)
- Soziale Stadt Oberbarmen/ Wichlinghausen (12)

A 5 Weitere Handlungsfelder (13)

- Verankerung der Integrationsarbeit (13)
  - Integrationsportal (13)
  - Verwaltung stellt sich vor – eine Informationsreihe (13)
  - Inforeihe „Älter werden in Deutschland“ (15)
  - Interkulturelle Kommunikation an Schulen (15)

- Jugendarbeit (Interkulturelle Projekte und Veranstaltungen im Bereich Schule und Jugendarbeit) (16)
  - „Spezielles Thema – Spezielles Theater“ (16)
  - „Ich-Du-Wir-Ohne Gewalt“ (16)
  - Antigewaltprojekte (16)
  - Beteiligung am EU-Equal Projekt „Auf Kurs in die Zukunft“ / Zertifikatskurs „Interkulturelle Handlungskompetenz“ (17)
  - Interreligiöse Jugendarbeit (18)

A 6 Weitere Ereignisse in 2006 (18)
- Bleiberecht (18)

B 1 Monitoring (19)

B 2 Bewertungen/ Schlussfolgerungen (20)
- Rechtliche Integration (20)
- Integration in das Bildungssystem (20)
- Integration in den Arbeitsmarkt (21)
- Integration in den Wohngebieten (21)
- Werteannäherung (21)
- Spracherwerb (21)
- Aufenthaltsdauer (21)
- Einbürgerung (21)

C Ausblick 2007 (22)

C 1 Bildung und Sprache (22)
- „Deutsch und PC“ für Grundschulen (22)

C 2 Ausbildung und Beruf (22)
- Bedarfsgerechter Ausbau der Sprachkursberatung (22)

C 3 Integration von Neuzuwanderern und Beratung von Migranten (23)

C 4 Zusammenleben im Stadtteil (23)
- Stärkung der Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen (23)
- Soziale Stadt Oberbarmen/ Wichlinghausen (23)
- Stadtumbau West (24)

C5 Weitere Handlungsfelder (24)
- Verankerung der Integrationsaufgabe in der Verwaltung durch Ausbau der interkulturellen Kompetenzen, Fortbildungsangebote (24)
- Bundesprogramme ’’Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie’’ und ’’ Xenos’’ (24)
- Multiplikatorenfortbildungen zu Interkulturelle Kommunikation, Anti-Gewalt Konzepten, Rassismus und Rechtsextremismus (25)
- Umsetzung Bleiberecht (25)

Vorwort

In Wuppertal leben rund 50.000 Menschen aus 151 Nationen, die einen ausländischen Pass besitzen. Aber schon rund 100.000 Menschen, also knapp ein Drittel der Wuppertaler Bevölkerung, haben eine Zuwanderungsgeschichte bzw. eine "Wurzel", die nicht in Deutschland liegt. Allein diese Zahlen machen deutlich, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Für die Integration dieser Menschen gibt es in unserer Stadt bereits zahlreiche Angebote und Projekte. Zur bedarfsgerechten Umsetzung beschloss der Rat der Stadt 2002 die Priorisierung von vier Handlungsfeldern in der Integrationsarbeit.

Um die Wirkung und den Erfolg dieser integrativen Maßnahmen beobachten und noch gezielter auf Entwicklungen reagieren zu können, legt das Ressort Zuwanderung und Integration nunmehr jährlich einen Integrationsbericht vor, der zum einen die Schwerpunkte des abgelaufenen Jahres beschreiben wird, zum anderen aber auch über ein Monitoringsystem faktenorientiert den Integrationsprozess in Wuppertal beobachtet. Der Ausblick auf das Jahr 2007 schließt diesen Bericht ab.

Damit wollen wir deutlich machen, dass die Gestaltung von Zuwanderung und Integration eine zentrale Zukunftsaufgabe ist, die systematisch gesteuert und gestaltet werden kann. Eine Zukunftsaufgabe, die Chancen für die zugewanderten Menschen und die aufnehmende Gesellschaft bietet.

A Das Jahr 2006

A 1 Bildung/Sprache

Sprachförderung und Interkulturelles Lernen im Elementarbereich

Nahezu ein Drittel aller Wuppertaler Kinder unter sechs Jahren stammt aus Familien mit Zuwanderungshintergrund.

In den Kindergärten spiegelt sich das wieder: die Kinder (er)leben multikulturelle Vielfalt als Normalität. Unterschiedliche Sprachen, Religionen, Weltanschauungen und Werthaltungen, verschiedene Traditionen, Rituale und Verhaltensweisen sind dort Alltag. 2006 wurden insgesamt 126 vorschulische Sprachfördermaßnahmen in den Wuppertaler Kindertagesstätten und Grundschulen eingerichtet.

Darüber hinaus wurden vier Griffbereitgruppen (zweisprachige Mutter/Kind-Spielgruppen für Kinder ab zwei Jahren mit dem Schwerpunkt: Sprachförderung / in Kooperation mit der städt. Familienbildungsstätte und dem Nachbarschaftsheim e. V.) und zwei Rucksackgruppen (zweisprachiger Mutter/Kind Spiel- und Gesprächskreis für 3-4jährige Kinder/ Kindertagestätte Rotznasen und Kindertagesstätte des Nachbarschaftsheims) etabliert.

Außerdem konnten vier Seminarreihen zur Elternaktivierung durchgeführt werden. Für das Jahr 2007 zeichnet sich eine starke Nachfrage ab.

Projekt „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ in der Sekundarstufe I u. II

Im Oktober 2005 startete das Projekt der Stiftung Mercator „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ an sechs Wuppertaler Schulen. An der Hauptschule Vohwinkel, dem Gymnasium Vohwinkel, dem Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium, sowie an den Gesamtschulen Else-Lasker-Schüler, Barmen und Langerfeld werden Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund der Klassen 5 -10 sprachlich und fachlich durch Studierende der Bergischen Universität Wuppertal gefördert. Seit Dezember 2005 wird der Förderunterricht auch an der Realschule Blücherstraße angeboten. Zum Schuljahr 2006/07 kamen die Hauptschule Gertrudenstraße, die Förderschule Eugen Langen und das Johannes-Rau- Gymnasium hinzu. Insgesamt wird nun Förderunterricht in 41 Gruppen erteilt.

Ziel des Projektes ist es, Chancengleichheit und Bildungsbeteiligung von Zuwandererkindern zu verbessern und ihren Anteil an qualifizierten Schulabschlüssen zu erhöhen. *(Monitoring A2.2 und A 2.3)*

Die Lehramtsstudierenden erhalten durch ihre Arbeit mit mehrsprachigen Schülerinnen und Schülern wertvolle und intensive Praxiserfahrungen. Sie werden dabei von der Bergischen Universität Wuppertal in Seminaren auf ihre Arbeit vorbereitet (Seminar Deutsch als Zweitsprache) und während dieser begleitet und unterstützt (didaktisch-methodisches Begleit- und Austauschseminar). Viele der angehenden Lehrer/innen haben selbst einen Migrationshintergrund und können so auch als Vorbilder wirken.

Das Projekt wird in Kooperation der RAA Wuppertal, Bergischer Universität - Gesamthochschule Wuppertal und der Mercator Stiftung durchgeführt.

Bis Sommer 2008 wird der Unterricht der studentischen Förderlehrer/innen (Honorare) durch die Mercator Stiftung finanziert. Die Bergische Universität und die RAA komplettieren die Förderung durch den Einsatz von Fachpersonal und Sachmitteln.

Dank einer Ausdehnung des Förderunterrichtsunterrichtsprojektes auf die Sekundarstufe II können ab Ende des Jahres 2006 auch Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufen der Gesamtschule Else-Lasker-Schüler und des Johannes-Rau-Gymnasiums, sowie Schülerinnen und Schüler der Berufskollegs Am Haspel, Am Kothen, Elberfeld und Werther Brücke gefördert werden. 20 weitere Fördergruppen konnten so eingerichtet werden.

START – Stipendienprogramm in Wuppertal

START - Wuppertal ist eine gemeinsame Bildungsinitiative der ERTOMIS Stiftung, der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Stadt Wuppertal.
START ist ein Stipendienprogramm für begabte und engagierte Zuwandererkinder und –jugendliche der Jahrgangstufen 8 - 13.
Die Aufnahmebedingungen sind gute bis sehr gute schulische Leistungen, starkes gesellschaftliches Engagement, Wohnsitz und Schule in der Stadt Wuppertal, sowie Eltern mit geringerem Einkommen.
Die Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten monatlich 100,- Euro Bildungsgeld, sowie einmalig eine PC-Grundausstattung mit Internetanschluss.
Außerdem werden sie ideell gefördert, dazu gehören Bildungsseminare, Jahrestreffen, Beratungsangebote im Bereich der Ausbildungs- und Studienplanung, Firmenbesuche, Vermittlung von Praktika, Exkursionen, Studienfahrten und Freizeitangebote. Ein Netzwerk ehemaliger Stipendiaten „Alumni“ ergänzt das Angebot.
Ziel ist es, die Entwicklungschancen begabter Zuwandererkinder zu verbessern, die Voraussetzungen für eine mögliche akademische Laufbahn zu schaffen, Möglichkeiten der Entfaltung ihres intellektuellen Potenzials und Wege in bessere berufliche Positionen zu eröffnen.
Die gemeinsame Bildungsinitiative in Wuppertal unterstützt seit 2004 im Rahmen des START-Stipendienprogramms inzwischen 19 Jugendliche mit Migrationshintergrund . Die Jugendlichen nutzen die Angebote mit viel Engagement und Motivation.

Fortbildungen und Veranstaltungen im Bildungsbereich/Sprachförderung

Die RAA bietet Fort- und Weiterbildungen im Arbeitsfeld Bildung und Erziehung für pädagogische Fachkräfte, Interessierte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an.

So gibt es z. B. regelmäßige Treffen von Grundschullehrerinnen und -lehrern, die in Förderklassen/gruppen unterrichten. Für Fachkräfte der vorschulischen Sprachförderung in Kindertagesstätten, für Lehrende im Muttersprachlichen Unterricht und auch für Fachkräfte in der Offenen Ganztagsschule, die Sprachfördergruppen einrichten, gibt es Erfahrungsaustausch, Materialentwicklung u. a.

Für Lehrerkräfte an allen Schulformen gibt es Fortbildungen zum Thema „Deutsch als Zweitsprache“.

Für interessierte Schulen werden Fortbildungen auch nach individuellem Bedarf zusammengestellt oder angeboten.

Fachkräfte der Familienbildung und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Migrantenselbstorganisationen sind ebenfalls Teilnehmende der Fort- und Weiterbildungen. Insgesamt fanden in 2006 38 Veranstaltungen/Fortbildungen im Bereich Bildung und Sprachförderung statt.

Sprachkursangebote in und durch die Migrantenselbstorganisationen

Das Ressort arbeitet mit vielen Migrantenselbstorganisationen zusammen und bietet Unterstützung bei der Einrichtung von Sprach- und Integrationsmaßnahmen in und durch Migrantenvereine an.

2006 fanden in Kooperation mit den MSOs 39 Integrations- und Kommunikationsmaßnahmen statt.
Davon wurden 27 Sprachkursangebote in Vereinen für insgesamt 578 Personen angeboten. Mehr als die Hälfte waren Frauen.

In 12 weiteren Maßnahmen wurden z.B. Bewerbungstraining, interkulturelle Kommunikation, Theaterprojekte, Erziehung/Bildung, Frauenschwimmen angeboten.

Hinzu kamen neun Sprachkursangebote in Kooperation mit der AWO, der Diakonie, dem Nachbarschaftsheim und der Jüdischen Gemeinde. Durch diese Kurse erreichte man 192 Personen.

Die Sprachkursangebote in den Vereinen erleichtern so für vielen Menschen den Zugang zum Deutschlernen.

A 2 Ausbildung und Beruf

Ausbau der Sprachkursberatung durch Kooperation mit der ARGE

Nach den Regelungen des Zuwanderungsgesetzes erhält jede Kommune ein Kontingent an Integrationskursplätzen, die vorrangig an Arbeitslosengeld II-Empfänger ohne bzw. mit unzureichenden Deutschkenntnissen vorgesehen sind. Diese Personen werden zum Besuch eines Integrationskurses verpflichtet.

Die Erfüllung dieser gesetzlichen Aufgabe bedarf eines Steuerungsinstrumentes zwischen der ARGE und der beteiligten Behörde. In diesem Zusammenhang wurden in Wuppertal bereits im ersten Halbjahr 2005 entsprechende Grundlagen durch eine Absprache zwischen der ARGE und dem Ressort Zuwanderung und Integration geschaffen. Kurz darauf begann die Vermittlung in die Integrationskurse.

Die Erfahrungen aus dem Jahr 2005 zeigten einen großen Bedarf an Integrationskursplätzen. Zudem stellte sich heraus, dass es auch Arbeitslosengeld II-Empfänger gab, die keinen Anspruch auf einen Integrationskurs nach Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes hatten (z.B. bereits Eingebürgerte, deutsche Staatsangehörige aus den damaligen Ostblockstaaten). Es wurde deutlich, dass eine intensivere Betreuung der von der ARGE vermittelten Personen zu einem regelmäßigem und effektiven Sprachkursbesuch führte.

In diesem Zusammenhang kam es im April 2006 zur Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der ARGE, in der folgende Aufgaben des Ressorts definiert wurden:

- Fallmanagement für alle von der ARGE zum Besuch des Integrationskurses vorgeschlagenen Personen
- Vermittlung in die Integrationskurse von ALG II-Empfängern ohne Anspruch nach dem Zuwanderungsgesetz, sowie Kostenabwicklung für diese Gruppe (Sprachschulen, ARGE)
- Vermittlung in einen berufsorientierten Sprachtest (Sprachprofiling) nach Abschluss des Integrationskurses
- Fallübergabe an die ARGE mit der Einschätzung der vorhandenen, berufsbezogenen Sprachkenntnisse und einer Empfehlung für die berufliche Integration

Das für die Stadt Wuppertal von Seiten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge festgelegte Kontingent für 2006 in Höhe von 161 Kursplätzen konnte im Laufe des Berichtsjahres auf 411 Kursplätze erhöht werden. Von 494 von der ARGE genannten ALG II-Empfängern wurden 82% zum Besuch eines Integrationskurses verpflichtet, so dass annähernd alle Kursplätze genutzt wurden.
Aus der Gruppe der Nichtberechtigten nach dem Zuwanderungsgesetz wurden auf Anregung der ARGE 159 Personen beraten und 141 zum Besuch eines Integrationskurses verpflichtet.

A 3 Integration von Neuzuwandernden und Beratung von Migrantinnen und Migranten

Umsetzung des Integrationsgesetzes

Die Feststellung der Berechtigung bzw. Verpflichtung der Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer zum Besuch eines Integrationskurses ist ein Bestandteil des Aufenthaltsgesetzes und gehört aus diesem Grunde zur Aufgabe der Ausländerbehörde. Innerhalb des Ressorts Zuwanderung und Integration wurde diese Aufgabe dem Bereich der Sozialarbeit (Fachbereich: Migrationsberatung/ Integrationsförderung) übertragen. .

Der Grundgedanke bestand darin, die gesetzlich vorgeschriebene Feststellung der Berechtigung bzw. Verpflichtung zum Besuch eines Integrationskurses um weitere, für neu Zugewanderte wichtige Elemente zu erweitern.
Dem Neuzuwanderndem wird nun eine Beratung angeboten, die ausführliche Informationen über die Aufgaben, Inhalte und Strukturen der Integrationskurse beinhalten, und eine Klärung der konkreten sozialen, schulischen bzw. beruflichen Situation des Neuzuwanderers umfasst, um bereits zu Beginn des Aufenthaltes Möglichkeiten aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Unterstützungsmöglichkeiten der Wuppertaler Erstberatungsstellen (Migrationsdienste) hingewiesen.

Die Integrationskursberatung richtet sich auch an Zugewanderte, die sich bereits seit längerem in Wuppertal aufhalten und der Sprachförderung bedürfen. Diese werden über die Möglichkeiten der Sprachförderung informiert und bei der Antragsaufnahme für die Zulassung zum Integrationskurs unterstützt.

Seitens der Integrationskursberaterinnen und -berater bestehen intensive Kontakte zu allen Wuppertaler Integrationskursträgern und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Eine Plattform für den Austausch bildet das regelmäßige Treffen aller Wuppertaler Kursträger, an dem auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, sowie die Erstberatungsstellen teilnehmen.

Im Berichtjahr wurden 353 Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer zum Besuch eines Integrationskurses verpflichtet bzw. berechtigt. 296 Personen befanden sich in einem Sprachkurs bzw. hatten sich zu einem Kurs angemeldet.. 29 Menschen wurden von der Verpflichtung zeitweise zurückgestellt und 17 Personen von der Verpflichtung befreit.

Die bisherigen Erfahrungen im Bereich der Integrationskursberatung lassen erkennen, dass diese neuen Strukturen für alle Beteiligten sehr positiv sind.

Nach dem Stand vom 01.11.06 hat Wuppertal nach Köln, Essen und Duisburg die meisten Verpflichtungen innerhalb NRW ausgesprochen. Dies entspricht einem Anteil von 5,4 % aus ganz NRW.

Patenmodel für russischsprachige Jugendliche

Die Integration und Beratung von Neuzugewanderten hat sich in den vergangenen Jahren verändert und weiterentwickelt. So ist ein Bestandteil des Projektes „Förderung der Partizipation und Integration russischsprachiger Zuwanderer“ das Patenmodel „Jugendliche für Jugendliche“.

In Kooperation mit Arbeiten & Leben wird zweimal jährlich jeweils in den Oster- und Herbstferien eine Seminarwoche mit 25 Jugendlichen durchgeführt.

Innerhalb dieser Woche erhalten die Jugendlichen Informationen über für sie relevante Institutionen, Einrichtungen und Ämter. Zudem werden Themen wie Schule und Berufswahl, rechtliche Fragen und für Jugendliche interessante Inhalte bearbeitet. Ebenso werden immer wieder ihre persönlichen Migrationserfahrungen thematisiert.
Die Jugendlichen werden nach diesem Seminar als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Neuzugewanderte eingesetzt. Sie geben ihr Wissen weiter und unterstützen die Neuankömmlinge sich in Deutschland zu Recht zu finden. Auch geben sie ihr Wissen innerhalb der Familie und des Freundeskreises weiter.

Einige der Jugendlichen leiten inzwischen eigene Gruppen und Angebote für russischsprachige Menschen in verschieden Einrichtungen im Stadtgebiet.
So gibt es z. B. eine Musik-, eine Theater-, eine Sportgruppe und einen Computerkurs.

Integrationsportal als Informationsbörse

Gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW konnte zum 16.05.06 das Wuppertaler Integrationsportal im Internet frei geschaltet werden. Seitdem ist es per Mausklick möglich, die unter der Adresse www.integration-in-wuppertal.de versammelten Angebote und Dienstleistungen zur Integration sämtlicher Anbieter in Wuppertal abzurufen. Zu jeder Tag und Nachtzeit ist es nun möglich, sich einen Überblick über das Aufenthaltsrecht, über sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integrationsangebote, über Bildung und Erziehung in Kindergarten, Schule und Freizeit, sowie über Fortbildungsangebote für Fachkräfte und die mögliche Unterstützung bürgerschaftlich Engagierter zu verschaffen. Per e-mail können an die Ausländerbehörde und die Migrationsfachdienste Fragen gestellt und Termine vereinbart werden. Öffnungszeiten, Telefonnummern, Ansprechpartner sind ebenfalls genannt.

Als besondere Serviceleistung zur Orientierung in Wuppertal für neu Zugewanderte wurde im Integrationsportal ein Wegweiser mit den wichtigsten Anlaufstellen in Wuppertal und was jeweils dort erledigt bzw. angeboten wird, erstellt. Der Nutzer kann sich damit seinen individuellen Plan zur Erledigung notwendiger behördlicher und persönlicher Formalitäten nach Einreise zusammenstellen.
Den Wegweiser gibt es auch in Englisch, Französisch, Russisch und Türkisch. Einzelne Seiten wie z.B. „Sprachkurse, Hochqualifizierte, Schulen und Migrationsberatungstellen“ wurden auch in diese Sprachen übersetzt.

A 4 Zusammenleben im Stadtteil

Integrationsportal in den Stadtteilen

Die Angebote der Website, wie z.B. die Übersicht der Sprachkurse, können nach Stadtteilen sortiert werden. Der Zugang zu den Informationen wurde im Rahmen des Projektes auch für „Nicht-PC-Besitzer“ dadurch sicher gestellt, dass vor Ort in den Migrantenselbstorganisationen und Migrationsdiensten PC-Plätze eingerichtet wurden, die die Besucherinnen und Besucher kostenlos nutzen können.
21 PC-Standorte gibt es verteilt in den verschiedenen Wuppertaler Stadtteilen.

Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen

Das Ressort Zuwanderung und Integration und auch die Wohlfahrtsverbände arbeiten mit unterschiedlichen Migrantenvereinen in Wuppertal zusammen, um deren Stärken und Kompetenzen zu bündeln und auszubauen. Durch die Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Mitglieder der Vereine wird ein wichtiger Beitrag für ein konstruktives und vielfältiges Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger Wuppertals geleistet.
Das Ressort bietet Unterstützung bei der Einrichtung von Sprach- und Integrationsmaßnahmen in Migrantenvereinen, sowie darüber hinausgehende Beratungs- und Koordinierungsleistungen an.
Besonders hervorzuheben sind im Jahr 2006 folgende Veranstaltungen bzw. Projekte mit den Vereinen:

- Veranstaltungsreihe „Verwaltung stellt sich vor“
- Wuppertaler Integrationstag am 18.11. 2006
- Einrichtung eines breitflächigen Sprachkursangebotes in den MSO

Darüber hinaus gab es Veranstaltungen und Seminare zu Themen wie Integration/Zusammenleben/Partizipation, Staatsangehörigkeitsrecht, Vereinsarbeit, Bildung/Schulsystem oder Zusammenarbeit mit Eltern.

Erster Wuppertaler Integrationstag

Mit ihrer Arbeit in den Vereinen leisten Migrantinnen und Migranten inzwischen einen bedeutenden Beitrag für das soziale, politische und kulturelle Leben unserer Stadt.
Mehr als 120 Migrantenvereine engagieren sich für das Gemeinwohl, übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und bauen durch ihre Arbeit Brücken zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und der einheimischen Bevölkerung.
So führen sie beispielsweise Bildungsmaßnahmen durch, bieten Freizeitaktivitäten an und helfen Neuzugewanderten in der ersten Zeit. Neben der Vermittlung eigener kultureller und religiöser Traditionen, wirken sie bei Veranstaltungen in ihrem Viertel mit. Mit ihrem Engagement unterstützen Migrantenvereine aktiv die Integration in Wuppertal.

Die Öffentlichkeit erfuhr bislang kaum etwas von diesen vielfältigen Aktivitäten - die erhoffte Resonanz blieb meist aus.
Die Migrantenvereine selbst beklagen diesen Umstand und bemühen sich in diesem Bereich, um Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern, den Institutionen, Vereinen und Initiativen aus der Nachbarschaft herzustellen.

Vor diesem Hintergrund beschloss der Migrationsausschuss am 24.1.06 die Unterstützung des Wuppertaler Integrationstages. Politik und Stadtverwaltung möchten damit die Integrationsbemühungen von Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen fördern.

Zur Auftaktveranstaltung am 17.11.06 kamen über 100 Interessierte zu einer Podiumsdiskussion mit dem Integrationsbeauftragten des Landes NRW.
„Integrationsarbeit miteinander und füreinander – wie denn sonst?“ lautete das Thema.

Am 18. November 2006 öffnen die Vereine ihre Türen und stellen sich und ihre Arbeit vor. 17 Vereine beteiligten sich am ersten Wuppertaler Integrationstag. Sie gestalteten den Tag mit einem informativen und kulturellen Rahmenprogramm. Die Besucherresonanz war sehr unterschiedlich - teilweise ernüchternd.

Zeitungen, Radio und Fernsehen berichteten dagegen ausführlich. Der Integrationstag Wuppertal soll weiterhin als eine Möglichkeiten genutzt werden, auf die Arbeit der Vereine aufmerksam zu machen.

Bewohnertreff Sternenberg

Im September 2005 eröffnete die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz in Kooperation mit der LEG (Landes-Entwicklungs-Gesellschaft), der Stadt Wuppertal und der Diakonie den Bewohnertreff Sternenberg.

Der Sternenberg ist eine Wohnsiedlung an der Peripherie des Bezirkes Wichlinghausen.
Die Siedlung ist gekennzeichnet durch eine gemischte Bewohnerstruktur, bestehend aus einem hohem Anteil von Migrantinnen und Migranten (besonders russischsprachigen) und alteingesessener Wohnbevölkerung (größtenteils ehemalige Postbeamte).

Es gab in der Siedlung immer wieder Konflikte zwischen den einzelnen Bewohnergruppen, besonders mit einer Gruppe russischsprachiger Kinder und Jugendlicher.

Motivation zur Eröffnung des Bewohnertreffs war, das Zusammenleben im Stadtteil zu verbessern und neue nachbarschaftliche Beziehungen zu entwickeln.

Das Angebot umfasste Freizeit- und Sportangebote für Kinder und Jugendliche, Computerkurse, Sprachkurse für Mütter, ein Bewohnercafe und Informationsveranstaltungen.

Finanziert wurde das Angebot aus Mitteln des Bundesprogramms ''Entimon'', der Wuppertaler Initiative, der LEG und des Bezirkssozialdienstes.

Nach einer anderthalb jährigen Laufzeit liefen die Bundesmittel aus. In Absprache mit den Kooperationspartnerinnen und –partnern wurde die Weiterführung des Projektes beschlossen und die Finanzierung aus Mitteln der LEG und des Bezirkssozialdienstes gesichert.

Der Bewohnertreff hat dazu beigetragen, dass sich die Kommunikation im Stadtteil verbesserte und Kompetenzen von Bewohnerinnen und Bewohnern erweitert werden konnten.

Im weiteren Verlauf des Projektes soll verstärkt versucht werden, die Menschen aktiv in die Arbeit einzubeziehen, um so die Identifikation mit dem Stadtteil und das Zusammenleben zu fördern.

Soziale Stadt Oberbarmen/ Wichlinghausen

Der Rat der Stadt Wuppertal wird im März 2007 über ein Integriertes Handlungsprogramm für den Stadtteil Oberbarmen/ Wichlinghausen beschließen. Damit wird die Grundlage für eine Anmeldung als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf und die Aufnahme in das Programm "Soziale Stadt" gelegt. In den nächsten Jahren sollen so unterschiedliche Impulse für die Verbesserung der Lebenssituation und des Images des Stadtteils gegeben werden. Dabei kommt dem Aspekt der Integration von Migrantinnen und Migranten eine ganz besondere Bedeutung zu.

In die Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes wurden wichtige Stadtteilakteure einbezogen, u. a. die im Stadtteil ansässigen 13 Migrantenselbstorganisationen, die aktiv mitgewirkt haben.

A 5 Weitere Handlungsfelder

Verankerung der Integrationsarbeit

Integrationsportal zur Vernetzung

Das Integrationsportal wurde gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und Migrantenselbstorganisationen unter Beteiligung des Migrationsausschusses, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, den zugelassenen Sprachkursträgern und weiteren Dienststellen der Stadt erstellt. Es ist die gemeinsame Adresse aller Integrationsakteure und wird zusammen mit den Migrationsdiensten der AWO Wuppertal, des Caritasverbandes Wuppertal, der Diakonie Wuppertal und des Internationalen Bundes für Sozialarbeit betrieben. Das Portal enthält einen LOG-IN Bereich, welcher als Informations- und Kommunikationsplattform für alle in der Integrationsarbeit Tätigen, die Zusammenarbeit, Abstimmung und Vernetzung erleichtern und verbessern soll. Der LOG-In Bereich konnte noch nicht endgültig fertig gestellt werden. Dies wird Anfang 2007 geschehen.

Verwaltung stellt sich vor – eine Informationsreihe

(Stadtverwaltung im Dialog mit Wuppertalerinnen und Wuppertalern mit Migrationshintergrund)

Am 5. April 2006 fand die erste Veranstaltung der Informationsreihe „Verwaltung stellt sich vor“ statt. Mehr als 50 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Migrationsausschuss und den Migrantenselbstorganisationen (25 Vereine) nahmen teil. Der allgemeine Tenor war sehr positiv.
Die Referentin, Frau Passmann, stellte die Verwaltung als Gesamtkomplex vor und beantwortete im Anschluss Fragen.
Alle Beteiligten lobten die Präsentation und deren informativen Charakter.

Auch die weiteren Veranstaltungen mit den Schwerpunkten:

- „Das Ressort Zuwanderung und Integration und die Ausländerbehörde“ (Mai) Referenten: Herr Lemmer und Herr Wiechers,
- „Das Standesamt“ (September) Referent: Herr Pique,
- „Der Stadtbetrieb Kindertageseinrichtungen“ (November) Referentinnen: Frau Weidenbruch und Frau Maiworm-Jäckel

waren sehr erfolgreich.

Seither haben mehr als 200 Menschen aus knapp 50 Vereinen und dem Migrationsausschuss mit großem Interesse an den Veranstaltungen teilgenommen.

Zur Entstehung der Reihe:
2006 arbeitete das Ressort Zuwanderung und Integration mit einem weiteren Schwerpunkt: „Die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“.
Es wurden Projekte, Maßnahmen und Veranstaltungen durchgeführt, die das Thema Integration und Migration noch breiter in den Verwaltungsstrukturen verankern und es mit den zuständigen Kollegen aus den Abteilungen weiterentwickeln sollten.
So wurden u. a. interkulturelle Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung gemeinsam mit der Kommunalen Fortbildung angeboten und eigene Seminare und Veranstaltungen organisiert und durchgeführt. Im Weiteren fand ein Austausch mit Fachleuten aus den unterschiedlichen Bereichen statt.
Die Informationsreihe „Verwaltung stellt sich vor“ bildet einen Baustein in diesem Rahmen.

Beobachtungen aus der Praxis:
In Gesprächen mit Verwaltungsmitarbeiterinnen und – mitarbeitern und Wuppertalerinnen und Wuppertalern nichtdeutscher Herkunft wird immer wieder deutlich, dass man die jeweils anderen nicht kennt und somit auch Verhaltensweisen nicht nachvollziehen kann.
Verwaltung ist für Menschen mit Migrationshintergrund[1] oft nur ein großes Ganzes, mit dem man selten in Berührung kommt.

So steht man sich in der konkreten Situation auf dem Amt oft nur als Mitglied einer fremden Gruppe gegenüber:
der Verwaltungsmitarbeiter - der Migrant.
Dies` führt auf beiden Seiten häufig zu Vorbehalten und Missverständnissen, die vermeidbar wären, wenn man mehr übereinander wüsste und sich auch in anderen Zusammenhängen begegnen würde.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Informationsreihe konzipiert, die Informationen über die Verwaltung als solche und die Arbeit bestimmter Abteilungen vermitteln, Raum geben soll für ein Kennen lernen außerhalb des Dienstgebäudes, Austausch zwischen Verwaltung und Zugewanderten ermöglichen soll und die Grundlage für einen gleichberechtigten Dialog bietet, der bürgerschaftliches Engagement unterstützt.

Dabei diente die erste Veranstaltung auch einer Bedarfsabfrage bei den Teilnehmenden. Sie sollten ihre Ideen und Meinungen einbringen und sich bei Interesse auch an der weiteren Planung beteiligen können.

Folgende Themen wurden benannt[2]:
Integrationsarbeit, Ausländerbehörde, Kindergarten, Schule, Bildung, Arbeit, Sport, Stadtentwicklung / Bevölkerungsentwicklung und Kultur / Soziales.

Bei allen Themen war auch der Aspekt der Migration/Integration von Interesse:

- In welchen Bereichen arbeiten Menschen mit Migrationshintergrund?
- Welche Position haben sie in ihrer Abteilung?
- Wie viele Kinder mit Migrationshintergrund besuchen die Kindergärten und Schulen?
- In welchen Stadtteilen wohnen Wuppertaler nichtdeutscher Herkunft?
- Was bedeutet Migration für die Zukunft der Stadt?

So soll der Rahmen und das Konzept für einen regelmäßigen Austausch zwischen Verwaltung und Migrantinnen und Migranten gemeinsam weiterentwickelt und auch in 2007, zunächst mit dem Schwerpunkt „ Bildung“, fortgeführt werden.

[1] Dies` trifft oft auch auf deutschstämmige Wuppertaler zu.
[2] Ergebnisse der Auswertung der Fragebögen zur Veranstaltung.

Inforeihe „Älter werden in Deutschland“

Die Informationsreihe „Älter werden in Deutschland“ wurde auf Initiative des Generalsekretariats des Deutschen Roten Kreuzes und Vertretern des niederländischen Institutes of Care and Welfare (NIZW) unter Beteiligung des AWO Bundesverbandes erstellt und für den bundesweiten Einsatz konzipiert. Das Herzstück der Kampagne ist der „Medienkoffer“ mit speziell für Migrantengruppen entwickelten Materialien.

Seit dem Jahr 2000 ist ein Medienkoffer speziell für ältere Menschen aus der Türkei verfügbar und wurde laut Beschluss des Migrationsausschusses vom 24.1.2006 von der Stadt Wuppertal ausgeliehen. Er umfasst ein ausgearbeitetes Kursmodul zu den allgemein in Deutschland bestehenden Altenhilfeangeboten in türkischer und deutscher Sprache (Trainerhandbuch, Videofilme, Dia-Serie, Broschüren, Plakate, Werbematerial etc.), welches nun noch auf Wuppertaler Verhältnisse zugeschnitten werden muss. Zum Grundkonzept der Informationsreihe gehört es, dass diese gemeinsam von qualifizierten Mitarbeiter/innen aus der Migrationsarbeit und der Altenarbeit durchgeführt werden soll, um der Zielgruppe die Kompetenzen aus beiden Bereichen zu Gute kommen zu lassen.

Der Medienkoffer erlaubt zurzeit nur die Information von älteren Menschen aus der Türkei. In Wuppertal leben momentan ca. 1.300 Menschen ab 60 Jahren mit türkischer Staatsangehörigkeit bzw. solche, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben (Stand 31.12.2002).

Die näheren Bedingungen für den Einsatz des Medienkoffers in Wuppertal werden derzeit in gemeinsamen Gesprächen von Trägern der Migrationsdienste (Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Caritas, Jüdische Kultusgemeinde, Ressort Zuwanderung und Integration) mit Trägern der Altenarbeit (Freie Wohlfahrtspflege, Beratungsnetzwerk Pflege, APH, Ressort Soziales), sowie Vertreterinnen und Vertretern von türkischsprachigen Migrantenvereinen geklärt. Dieser Gesprächskreis sollte dauerhaft installiert werden, um Gelegenheit zum wechselseitigen Informationsaustausch und zur Beratung in der Migrations- und Altenarbeit zu geben.

Bis Ende 2006 wurden bereits die ersten notwendigen Trainerpaare gefunden, so dass nun die Vorbereitungen für die Öffentlichkeitsarbeit und auch für die Umsetzung mit einer ersten Gruppe von türkischen Seniorinnen und Senioren ab Frühjahr 2007 laufen.

Interkulturelle Kommunikation an Schulen

Im Rahmen des Bundesprogramms ’’Entimon’’ führt die Wuppertaler Initiative seit 2003 ein Coachingprogramm für Hauptschulen durch.

Bestandteil dieses Programms sind Fortbildungen für Lehrkräfte, gesamte Kollegien und an Hauptschulen tätigen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Primärer Inhalt der Fortbildungen ist die Verbesserung der Interkulturellen Kommunikation zwischen den Kollegien und der Schüler- und Elternschaft, sowie die Verbesserung der internen Kommunikation und Organisation der Schule insgesamt. In 2006 wurden an fünf Schulen mehrtägige Fortbildungen realisiert, Nachfragen für 2007 bestehen, können jedoch nur umgesetzt werden, wenn zusätzliche externe Mittel eingeworben werden können.

Jugendarbeit (Interkulturelle Projekte und Veranstaltungen im Bereich Schule und Jugendarbeit)

In 2006 wurden verschiedene Veranstaltungen und Projekte zur Verbesserung des interkulturellen Zusammenlebens, zur Schulöffnung und zur Vernetzung von Schule und Jugendarbeit durchgeführt.

Es wurden Veranstaltungen mit dem Islamwissenschaftler und Autor Nevfel Cumart:
zum Thema Islam, sowie Lesungen in Migrantenselbstorganisationen und Schulen durchgeführt. Für Stipendiatinnen und Stipendiaten des START-Stipendienprogramms wurde eine Schreibwerkstatt angeboten.
Die Reihe „Spezielles Thema – Spezielles Theater“ - Schultheaterveranstaltungen und themenbezogene Projekte für die Sekundarstufe I (alle Schulformen) zu den Themen Gewalt, Rassismus, interkulturelles Zusammenleben in Kooperation mit dem Kinder- und Jugendschutz und dem Haus der Jugend Barmen - konnte auch im vergangenen Jahr wieder erfolgreich durchgeführt werden.

Ebenfalls mit großem Erfolg wurde zum dritten Mal das interkulturelle Gewaltpräventionsprojekt „Ich-Du-Wir-Ohne Gewalt“ angeboten. Besonders bewährt hat sich hier die sogenannte Tandem-Methode in der Jugendliche von weiterführenden Schulen zu „Ohne-Gewalt-Paten“ qualifiziert werden und mit Grundschülerinnen und –schülern im Rahmen von Projekttagen zusammenarbeiten. (Kooperation mit der schulpsychologischen Beratungsstelle, weiterführenden Schulen und Grundschulen)

Antigewaltprojekte

Durch zunehmende Gewalt an Schulen häuften sich die Anfragen an die Wuppertaler Initiative nach Antigewalttrainings.

Es gab Anfragen von weiterführenden Schulen und 2006 verstärkt auch von Grundschulen. Ebenso kamen Anfragen von Beratungseinrichtungen, Eltern, Erzieherinnen und Erziehern aus Wohngruppen und Bezirkssozialdiensten.

Um dem Bedarf entsprechen zu können, startete die Wuppertaler Initiative Ende 2005 eine Ausbildung zum Antigewalttrainer für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendfreizeiteinrichtungen, die einen Pool an Trainerinnen und Trainern begründen sollten. Eine zweite Ausbildung, beginnend 2006, richtete sich an freiberufliche Mitarbeiter/innen, Heimerzieherinnen und –erzieher sowie an Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an Hauptschulen, um diesen Pool zu erweitern.

Diese Ausbildung thematisiert erstmalig Mädchengewalt und bildet Pädagoginnen zu Trainerinnen in diesem Arbeitsbereich aus.

In 2006 wurden Trainings an 11 Schulen und vier frei ausgeschriebene Trainings durchgeführt. .

Flankiert wurden die Trainings durch Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer zu Methoden der Gewaltprävention (Streitschlichter- Modell, Trainingsraum- Methode, SMV).

Den Trainings folgte eine Zunahme von Anfragen weiterer Schulen nach noch mehr Angeboten.

Zudem war die Resonanz sowohl der Teilnehmenden als auch der beteiligten Lehrerinnen und Lehrer sehr positiv.

Viele Schulen planen die Aufnahme des Angebots in ihr Schulprogramm. Die gestiegenen Bedarfe haben die Wuppertaler Initiative veranlasst, im zweiten Halbjahr 2007 eine weitere Fortbildung zum „Antigewalttrainer“ anzubieten.

Beteiligung am EU-Equal Projekt „Auf Kurs in die Zukunft“ /
Zertifikatskurs „Interkulturelle Handlungskompetenz“

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUALII beteiligt sich die RAA Wuppertal an der Entwicklungspartnerschaft „Auf Kurs in die Zukunft. Kooperation Schule – Wirtschaft gestalten“. Das EU-Equal Projekt wurde im Januar 2005 begonnen und endet im Dezember 2007. Zur Entwicklungspartnerschaft gehören:

- DGB – Bildungswerk e.V.
- Institut Unternehmen und Schule GmbH
- Landesinstitut für Schule NRW / Qualitätsagentur
- Hauptstelle RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien)
- RAA Wuppertal
- Trifolium – Beratungsgesellschaft mbH
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Eine der Zielgruppen des Projektes sind Jugendliche aus Zuwandererfamilien. Durch die Stärkung der interkulturellen Handlungskompetenz der Akteure in den Lernpartnerschaften und durch die Sensibilisierung sowohl von Schülern als auch von Unternehmensvertretern soll es gelingen, die Potenziale junger Migrantinnen und Migranten und damit die win-win-Situation für beide Seiten zu erkennen. So soll langfristig auch die Ausbildungsquote dieser Gruppe erhöht werden.
Hier liegt der Aufgabenschwerpunkt der RAA Hauptstelle und der RAA Wuppertal, die gemeinsam eine zielgruppenspezifische Fachkräfte- und Multiplikatorenqualifizierung (u. a. Ausbilder/innen, Lehrer/innen, Sozialpädagogen/innen, Personalverantwortliche u. weitere arbeitsmarktrelevante Akteure) zur Vermittlung interkultureller Handlungskompetenzen durchführen. Die berufsbegleitende zertifizierte Weiterbildung, an der 21 Personen teilnehmen, dauert 2 Jahre und schließt die Umsetzung der vermittelten Inhalte in der eigenen Institution oder im eigenen Unternehmen ein.

Interreligiöse Jugendarbeit

Die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz realisierte 2006 zwei Projekte zur Herstellung eines interreligiösen Dialogs, um Methoden zu erproben, die zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema führen.

Die Projekte wurden durchgeführt in Kooperation mit dem Medienprojekt Wuppertal und dem MJD (Muslimische Jugend in Deutschland), verschiedenen Muslimischen Organisationen, dem Gymnasium Bayreutherstraße und dem Jugendzentrum Vohwinkler Feld.

Im Projekt ''Islamphobie & Currywurst'' beschäftigten sich christliche und muslimische Schüler und Schülerinnen mit ihren religiösen und kulturellen Hintergründen.

Sie besuchten verschiedene muslimische Einrichtungen, besuchten sich gegenseitig in ihren Familien und machten das Kopftuchexperiment, bei dem deutsche Mädchen mit Kopftüchern in die Schule und in die Stadt gingen und ihr eigenes Erleben dokumentierten.

Das gesamte Projekt wurde filmisch begleitet und im Rahmen mehrerer Veranstaltungen an der Schule und in Muslimischen Vereinen präsentiert.

Zudem wurde der Film in eine DVD des Medienprojektes ''Jung und Moslem in Deutschland'' aufgenommen, die bundesweit als Bildungsmittel vertrieben wird.

In einem zweiten Projekt wurde mit muslimischen, christlichen und jüdischen Jugendlichen eine Fahrt in die KZ-Gedenkstätte Buchenwald unternommen.
Im Rahmen des Projektes setzten sich die Jugendlichen mit der Verfolgung und Ermordung der Juden auseinander.
Auch dieses Projekt wurde filmisch dokumentiert und soll nach Fertigstellung auf verschiedenen Veranstaltungen der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Aufgrund der sehr positiven öffentlichen Resonanz sind für 2007 weitere Projekte in diesem Themenbereich geplant.

A 6 Weitere Ereignisse in 2006

Bleiberecht

Im November 2006 einigte sich die Innenministerkonferenz auf ein Bleiberecht für geduldete Menschen. Diese Einigung hat auch Auswirkungen für Wuppertal. Von den ca. 750 Geduldeten, die zum Zeitpunkt der Innenministertagung in Wuppertal lebten, haben fast 1/3 die Möglichkeit, einen Aufenthaltstitel zu erlangen.

Das Ressort Zuwanderung und Integration wird gemeinsam mit allen Akteuren in diesem Bereich die Betroffenen unterstützen, um die Bleiberechtsregelung in Wuppertal erfolgreich umzusetzen.

B 1 Monitoring

Monitoringsystem zur Integrationsentwicklung in Wuppertal							
Indikator	Jahr	Werte					
		Migranten			Deutsche o. Migrationshintergrund		
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
A. Strukturelle Integration							
A.1 Rechtliche Integration							
A.1.1 Anteil der Ausländer mit einer Niederlassungserlaubnis (in %)*	2005 2006	50,7% 55,6%	51,9% 57%	41,4% 44,7%	- -	- -	- -
A.1.2 Anteil der Ausländer mit Anspruch auf Einbürgerung (in %)*	2005 2006	65% 65,9%	66,5% 66,8%	63,6% 65,1%	- -	- -	- -
A.2 Integration in das Bildungssystem							
A.2.1 Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch ab dem 3. Lebensjahr (in %)	2005 2006	- 86,1%	- -	- -	- 88,5%	- -	- -
A.2.2 Anteil der Schulabgänger mit Abitur(in %)	2005 2006	9,7% 8,9%	- -	- -	28,6% 29%	- -	- -
A.2.3 Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss (in %)	2005 2006	12,3% 13,3%	- -	- -	6,0% 4,9%	- -	- -
A.2.4 Anzahl der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)	2005 2006	17,2% 19,6%	- -	- -	8,6% 9,2%	- -	- -
A.3 Integration in den Arbeitsmarkt							
A.3.1 Anteil der 25 bis 55jährigen Arbeitslosen(in %) * / **	2005 2006	24,3% 19,87%	27,2% 21,1%	21,2% 18,6%	12,3% 10,74%	12,97% 10,8%	11,53% 10,7%
A.3.2 Anteil der unter 25jährigen Arbeitslosen (in %) * / **	2005 2006	8,9% 7,0%	10,8% 7,88%	7,0% 6,1%	6,87% 5,92%	8,4% 6,85%	5,3% 5,0%
A. 3.3 Anteil an den Arbeitslosen ohne (anerkannte) Berufsausbildung * /	2005 2006	80,1% ***	80,8% ***	79,3% ***	49,5% ***	48,5% ***	50,7% ***
A. 3.4 Entwicklung der Selbstständigkeit (% Anteil der Gewerbegenehmigungen) *	2005 2006	14,4% 15,6%	- -	- -	85,6% 84,4%	- -	- -
A.4 Integration in die Wohngebiete							
A.4.1 Anteil der Gesamtmigrationsbevölkerung in nicht segregierte Wohngebiete (in %)	2005 2006	61,41% 61,54%	- -	- -	- -	- -	- -
B. Kulturelle Integration							
B.1 Werteannäherung							
B.1.1 Geburtenziffer (Kinder pro Frau)	2005 2006	- -	- -	1,9 -	- -	- -	1,2 -
B.2 Spracherwerb							
B.2.1 Anteil der einzuschulenden Kinder mit einem Sprachförderbedarf (in %)	2005 2006	- 60,5%	- -	- -	- 3,2%	- -	- -
C. Soziale Integration							
C.1 Aufenthaltsdauer / Bleibeabsichten							
C.1.1 Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr (in %) *	2005 2006	38,2% 38,4%	41,2% 41,1%	35% 35,5%	- -	- -	- -

D. Identifikatorische Integration							
D.1 Einbürgerung							
D.1.1 Anteil der Eingebürgerten an den Berechtigten * (in %)	2005 2006	2,5% 3%	2,48% 3,13%	2,53% 2,85%	- -	- -	- -

Erläuterungen:
* = Datenbasis ausschließlich Migranten m. ausländischem Pass
** = in Relation zur entsprechenden Bevölkerungszahl

*** = wegen Programmumstellung der ARGE liegen keine Daten vor

B 2 Bewertungen/ Schlussfolgerungen

Rechtliche Integration

Mehr als die Hälfte der Migrantinnen und Migranten - mit ausländischen Pass- verfügen über eine Niederlassungserlaubnis oder einen EU-Aufenthalt und haben damit einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Hinzu kommt, dass nur knapp 2% der Menschen mit einer Duldung oder einer Asylgestattung einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben. Das verdeutlicht die Abnahme der strukturellen Integrationshindernisse in diesem Bereich.

Integration in das Bildungssystem

Das Ziel, Kinder ab 3 Jahren, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, in Kindergärten zu integrieren wird besser erreicht, als im Vorfeld angenommen wurde. Die Zahlen sind nahezu identisch mit denen der deutschen Bevölkerung. Selbst einige statistische Unsicherheiten ändern nichts an dieser Tendenz.

Im Bereich der schulischen Integration wird der (siehe PISA) Nachholbedarf im Migrationsbereich deutlich. Die Abiturientenquote der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund beträgt nur etwa ein Drittel im Vergleich zu den deutschen Jugendlichen. Ihr Anteil liegt somit deutlich unter dem Landesdurchschnitt (10,3%).
Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss im Migrationsbereich ist 2,7% höher als bei deutschen Jugendlichen, liegt aber noch mit 0,8% unter dem Durchschnitt in NRW.
Diese Werte zeigen, dass ein weiterer Ausbau der Maßnahmen im Bildungsbereich notwendig ist.
Die bisherigen Angebote

- Sprachförderung in der KiTa,
- schulische Förderung im Mercator-Projekt und
- START-Stipendienprogramm

bieten gute Ansätze – ihre Wirkung wird jedoch erst in einigen Jahren sichtbar werden.

Mit dem neuen Programm „Deutsch & PC“ an Grundschulen soll ein weiterer Ausbau der Integrationsangebote im Bildungsbereich erfolgen.
Um die Wirkung all dieser Maßnahmen früher erkennen zu können, schlägt die Verwaltung vor, mit dem nächsten Integrationsbericht den Werdegang der Kinder an weiterführenden Schulen zu beobachten.

Integration in den Arbeitsmarkt

Die Gefahr der Arbeitslosigkeit ist für Ausländer nahezu doppelt so hoch wie für Deutsche. Eine der wesentlichen Ursachen hierfür ist, dass die Quote der Migrantinnen und Migranten (mit ausländischen Pass) ohne abgeschlossene Berufsausbildung ca. 30,6% höher ist als bei den Deutschen.
Qualifizierungsmaßnahmen, die das Ressort 204 im Auftrag der ARGE im sprachlichen Bereich durchführt, müssen fortgeführt und ausgebaut werden, um dem erhöhten Risiko der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Maßnahmen haben das Ziel die Anerkennung von beruflichen Qualifizierungen zu erreichen bzw. auf eine berufliche Qualifizierung vorzubereiten.

Integration in den Wohngebieten

Die Mehrheit der Bevölkerung mit einer Zuwanderungsgeschichte lebt in Wohnquartieren in denen keine Segregationstendenzen sichtbar sind. Es ist jedoch festzustellen, dass etwa 39% aller Zugewanderten in nur 11 von 95 Wohnquartieren leben.

Werteannäherung

Die Geburtenrate der Frauen mit Migrationhintergrund ist mehr als 50% höher als bei deutschen Frauen. So lässt sich feststellen, dass Integrationsangebote im Elementarbereich ausgebaut werden müssen, da der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund größer wird.

Spracherwerb

Der Sprachförderbedarf bei Kindern mit Zuwanderungsgeschichte (60,5%) und bei deutschen Kindern (3,2%) verdeutlicht den hohen Bedarf in diesem Bereich und zeigt auf dass dieser der Zahl der Kinder entspricht, die in Kindergärten und Schulen gefördert werden.

Aufenthaltsdauer

Ca. 40% der Zugewanderten mit ausländischem Pass leben seit mehr als 20 Jahren in Deutschland. Rechnet man die Zahl der Kinder und Jugendlichen hinzu, die in Deutschland geboren wurden, so wird deutlich, dass Menschen mit Migrationshintergrund hier bleiben werden.
Die Vorstellung, dass Migrantinnen und Migranten nur für einen befristeten Aufenthalt nach Deutschland gekommen sind und im Alter in ihre Heimat zurückkehren werden, ist somit überholt.

Einbürgerung

Nur 3% aller Berechtigten lassen sich einbürgern. Neben der Tatsache, dass sich viele EU-Bürger auf Grund ihrer Freizügigkeit innerhalb der EU nicht einbürgern lassen, sind auch das neue Staatsangehörigkeitsrecht und die Doppelstaatsangehörigkeit[3] der Kinder Ursachen für diese niedrige Zahl.
Der Anstieg der Einbürgerungen 2006 im Vergleich zu 2005 ist begründet in den Veränderungen der Arbeitsprozesse und wird sich nicht in dieser Form weiterentwickeln.

[3] Kinder von Ausländern mit einem dauerhaften Aufenthalt, die seit 2000 geboren werden, haben per Gesetz die doppelte Staatsbürgerschaft. Erst mit 18 müssen sie sich für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Eine erste Tendenz ist somit erst ab dem Jahre 2018 möglich.

C Ausblick 2007

C 1 Bildung und Sprache

Deutsch & PC für Grundschulen

Zum Schuljahr 2007/08 startet das Modellprojekt „Deutsch & PC“ in Wuppertal.

„Deutsch & PC“ fördert den frühzeitigen und intensiven Erwerb der deutschen Sprache bei Kindern aus Zuwandererfamilien, um ihre Chance auf einen größtmöglichen Schulerfolg zu erhöhen. Erstklässler mit unzureichenden Deutschkenntnissen werden parallel zum Klassenverband in eigenen Fördergruppen von sechs bis acht Schülerinnen und Schülern zwei Stunden täglich in Deutsch und Mathematik gefördert. In den Klassenstufen zwei bis vier wird das Förderangebot mit einer geringeren Stundenzahl fortgesetzt. Gleichzeitig wird mit „Deutsch & PC“ die Grundlagen für eine Medienkompetenz aller Kinder gelegt.

„Deutsch & PC“ startete im Jahr 2000 als Kooperationsprojekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und des hessischen Kultusministeriums an drei Schulen in Frankfurt. Im Schuljahr 2006/2007 beteiligen sich bereits über 60 hessische Schulen an diesem Programm.

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung weitet „Deutsch & PC“ jetzt auch auf andere Bundesländer aus. Für Nordrhein-Westfalen erproben drei im Osten der Stadt gelegene Grundschulen dieses Modellprojekt, welches in Kooperation von Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, Schulamt für die Stadt Wuppertal und RAA Wuppertal / Ressort Zuwanderung u. Integration umgesetzt wird.

Drei zusätzliche Lehrkräfte, der Stellenanteil für die Projektkoordination und die Ausstattung der Projektschulen mit Computern werden von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung finanziert. Des Weiteren steht die hessische Projektleitung den Wuppertaler Projektbeteiligten mit Rat und Tat zur Seite.

C 2 Ausbildung und Beruf

Bedarfsgerechter Ausbau der Sprachkursberatung

In diesem Bereich ist geplant, die Zusammenarbeit mit der ARGE Wuppertal zu intensivieren. Zunächst soll die 2006 für ein Jahr unterzeichnete Vereinbarung ab April 2007 verlängert werden. Entsprechende Gespräche finden derzeit statt.

In diesem Zusammenhang sollen z. B. Absolventinnen und Absolventen der Integrationskurse mit dem Schwerpunkt Alphabetisierung in für diese Gruppe konzipierte, weiterführende Sprachkurse direkt über das Ressort 204 vermittelt werden. Für hochqualifizierte Integrationskursabsolventen soll die Möglichkeit geschaffen werden, im Anschluss an den Integrationskurs einen weiteren Sprachkurs mit dem Ziel, die Stufe B2 des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen zu erwerben.

Ein weiteres Ziel ist die Vermittlung von Personen in Integrationskurse, die eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, um so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Für diese Gruppe bestand bis vor kurzem keine Möglichkeit, an einem Integrationskurs teilzunehmen. Innerhalb des Ressorts 204 wurde bereits Ende 2006 ein internes Verfahren abgewickelt,

wodurch eine zügige Vermittlung (Beginn: Ende 01.2007) in die Integrationskurse gewährleistet wird.

Für Personen, die nach der Bleiberechtsregelung die Voraussetzung hinsichtlich der Sprachkenntnisse nicht erfüllen, ist geplant, den Bedarf im Rahmen der Eingliederungsvereinbarung zu ermitteln und für diese Gruppe konkrete Sprachkursangebote zu installieren.

C 3 Integration von Neuzuwandernden und Beratung von Migrantinnen und Migranten

Die Integration von neu Zuwandernden und die Beratung von Migrantinnen und Migranten hat sich inzwischen als Regelangebot etabliert und kann daher als priorisiertes Handlungsfeld wegfallen. Diese Angebote werden auch künftig weiterentwickelt und effektiv gestaltet werden.

C 4 Zusammenleben im Stadtteil

Stärkung der Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen

2007 soll die Zusammenarbeit mit den MSOs fortgeführt und verstärkt werden.
Beispielsweise wird die Reihe „Verwaltung stellt sich vor“ fortgesetzt. Auch ist der 2. Wuppertaler Integrationstag in Kooperation mit den Vereinen in Planung.

Weiterhin werden Sprach-, Integrations- und Weiterbildungskurse für und mit MSOs initiiert.
Die Beteiligung an Netzwerken der Integration und die Teilnahme und Teilhabe an kommunalen Angeboten und Aktivitäten soll den Vereinen noch näher gebracht werden.
Ein verstärktes vielfältiges Seminar- und Fortbildungsangebot für die MSOs soll hierbei die Integrationsarbeit unterstützen.

Soziale Stadt Oberbarmen/ Wichlinghausen

Wird das Projektgebiet im Laufe des Jahres 2007 in das Programm Soziale Stadt aufgenommen, so gilt es in 2007 die geplanten Maßnahmen zu konkretisieren. Bei diesem Prozess werden die Migrantenselbstorganisationen weiterhin aktiv eingebunden.. Die Unterstützung der Vereine wird durch das Ressort Zuwanderung und Integration geleistet.

Stadtumbau West

Seit 2006 wird das Städtebauförderprogramm Stadtumbau West umgesetzt. Erste Projekte wurden bereits realisiert, weitere sind in Vorbereitung. Das Ressort Zuwanderung und Integration strebt an, dass in diesen Gebieten auch die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Organisationen angemessen berücksichtigt wird. Dazu sollen Kooperationsprojekte mit den MSO`s entwickelt werden, die u. a. zu einer Verbesserung der vereinseigenen Räumlichkeiten führen sollen.

C5 Weitere Handlungsfelder

Verankerung der Integrationsaufgabe in der Verwaltung
durch den Ausbau Interkultureller Kompetenzen:

Die Verwaltung ist Dienstleister für alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler – mit und ohne Migrationshintergrund

Um diesem Anspruch gerecht zu werden ist die Vertiefung und Weiterentwicklung interkultureller Kompetenzen unabdingbar auch in 2007.

Dabei versteht man unter Interkultureller Kompetenz neben den Fähigkeiten: Selbstsicherheit, Interaktionsfreude, Stresstoleranz, eigenkulturelles Bewusstsein, auch die Einsicht in die Relativität von Weltinterpretationen und das Erkennen und Vermeiden von Vorurteilen.

Interkulturelle Fortbildungen erleichtern einen bürgernahen Service, verringern Konflikte und erhöhen zudem die öffentliche Anerkennung einer Verwaltung.
So werden weiterhin Veranstaltungen und Seminare mit unterschiedlichen Schwerpunkten in diesem Bereich durchgeführt.
In 2007 finden Seminare mit dem Projekt Pro Qualifizierung [4], das u. a. Fortbildungen für Personalverantwortliche in öffentlichen Verwaltungen anbietet, statt.
Neben den gemeinsamen Angeboten mit der Kommunalen Fortbildung für Kolleginnen und Kollegen, werden auch eigene Veranstaltungen wie die Reihe „Verwaltung stellt sich vor“ in diesem Jahr fortgesetzt.

Bundesprogramme ’’Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie’’ und ’’ Xenos’’

Es werden für 2007 Anträge für zwei große Bundesprogramme (’’Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie’’ und ’’ Xenos’’) gestellt.
Schwerpunkte bei diesen beantragten Projekten bilden die Arbeit mit rechts orientierten Jugendlichen z. B. an weiterführenden Schulen oder durch die Zusammenarbeit mit dem WSV-Fanprojekt. Auch Interreligiöse Projekte als Fortführung der in 2006 begonnen Themen Buchenwaldprojekt und ’’Jung und Moslem in Deutschland’’ sind angedacht.

Die Anti-Gewalt- Arbeit an Schulen wird die Ausbildung weiterer Trainerinnen und Trainer zur Deckung des steigenden Bedarfs beinhalten. Ebenfalls mit Schulen geplant sind Projekte zur Erstellung von Unterrichtsmaterialien zu den Themen Rassismus und Rechtsextremismus.

[4] Das Projekt wird durchgeführt vom DGB-Bildungswerk

In Kooperation mit einer möglichst breit angelegten Palette von Institutionen, Initiativen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern soll ein Aktionsplan gegen Rechtsextremismus entwickelt und umgesetzt werden, in dessen Zusammenhang neue Methoden und Angebotsformen zur Bearbeitung dieses Phänomens entwickelt werden.

Multiplikatorenfortbildungen

In 2007 sind Fortbildungen in verschiedenen Themenbereichen angedacht bzw. bereits terminiert:
Ab Herbst ist die Ausbildung weiterer Anti-Gewalt-Trainerinnen und Trainer in Kooperation mit dem Ressort Soziales und dem Ressort Kinder, Jugend und Familie angedacht.

In Kooperation mit dem Schulpsychologischen Dienst wird in 2007 eine Fortbildungsreihe für Lehrkräfte zum / zur „Soziale- Kompetenz-Trainer/ -in“ realisiert, innerhalb derer besonders der Aspekt interkulturelle Kompetenz eine übergeordnete Rolle einnimmt. Ziel ist es die Teilnehmenden zu qualifizieren, so dass sie in ihren Einrichtungen selbstständig Trainings umsetzen können.

An fünf Hauptschulen sind Fortbildungen für Schulkollegien zu „Interkultureller Kommunikation“ geplant.

Es gibt eine Vielzahl von Anfragen zu Fortbildungen und Projekttagen zum Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalt. Diese Veranstaltungen werden noch terminiert.

Umsetzung Bleiberecht

Im Rahmen der Umsetzung des Bleiberechtsbeschlusses vom 17.11.06 und des Erlasses des Innenministeriums NRW vom 20.11.06 wurde innerhalb des Ressorts Zuwanderung und Integration ein internes Verfahren mit dem Ziel abgewickelt, durch konkrete Hilfestellung bei möglichst vielen Betroffenen die Erteilung des Bleiberechts zu erreichen.

Die betroffenen Personen werden von dem/der zuständigen Sozialarbeiter/-in über die Voraussetzungen der o.g. Bleiberechtsregelung informiert. Dabei wird überprüft, welche Voraussetzungen noch zu erfüllen sind und welche konkreten Schritte diesbezüglich unternommen werden müssen. Diese Handlungsschritte werden in der sog. Eingliederungsvereinbarung schriftlich festgehalten. Die Betroffenen verpflichten sich, die vereinbarten Ziele zu erreichen. Die Erreichung der formulierten Ziele wird regelmäßig überprüft, ggf. werden neue Handlungsschritte vereinbart.

In diesem Zusammenhang wird beabsichtigt, für Personen ohne ausreichende Deutschkenntnisse die Möglichkeit zu schaffen, entsprechende Sprachkenntnisse zu erwerben.